

Transparenz statt Diskretion.

Stellungnahme am Österreichischen Zeitgeschichtetag 2018 an der Universität Wien zur sogenannten FPÖ-Historikerkommission

Vor 25 Jahren wurde der Österreichische Zeitgeschichtetag als eine regelmäßig veranstaltete, mehrtägige Konferenz eingerichtet, um inhaltliche und theoretische Entwicklungen sowie Fragestellungen der Zeitgeschichtsforschung in Österreich kritisch im internationalen Vergleich zu analysieren und zu diskutieren.

Mit großer Verwunderung nehmen die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen dieser Resolution beim diesjährigen „Zeitgeschichtetag“ an der Universität Wien zur Kenntnis, dass die geplante „FPÖ-Historikerkommission“, die am 13. Februar 2018 angekündigt wurde, noch immer keine transparente professionelle Vorgangsweise erkennen lässt.

Bis heute sind nach wie vor nur der Vorsitzende der Historikerkommission, der emeritierte Universitätsprofessor für Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Wien und ehemalige Dritte Nationalratspräsident für die FPÖ, Wilhelm Brauneder, sowie die Mitglieder des ihm zur Seite gestellten FPÖ-Koordinierungsgruppe bekannt. Diese besteht aus acht FPÖ-Parteifunktionären und -funktionärinnen, die großteils akademischen Burschenschaften, Ferialverbindungen sowie akademischen bzw. pennalen Mädelschaften angehören.

Anlassfall für die Einsetzung beider Gremien war das Bekanntwerden eines Liederbuchs der deutschnationalen schlagenden Mittelschülerverbindung „Germania“ in Wiener Neustadt durch die Wochenzeitung „Der Falter“ (online am 25. Jänner 2018). Das Liederbuch mit antisemitisch-rassistischen und den Holocaust verharmlosenden Texten wurde noch 1997 nachgedruckt und war seitdem Teil der Traditionspflege der Verbindung. Ein führender FPÖ-Politiker und Vizevorsitzender der „Germania“ musste daraufhin von seinen Parteiämtern zurücktreten.

Erst am 25. März hatte Andreas Mölzer, der der die Arbeit der Historikerkommission begleitenden und steuernden Koordinierungsgruppe angehört, verlautet, dass man „diskret“ arbeiten und erst später mit Namen und Inhalten an die Öffentlichkeit gehen wolle.

Aus der Sicht der professionellen Zeitgeschichtsforschung entspricht die Vorgangsweise der FPÖ 2018 aus mehreren Gründen nicht den gängigen wissenschaftlichen Standards. Erstens wurde knapp drei Wochen nach der

Aufdeckung dieses Skandals seitens der FPÖ klargestellt, dass die Burschenschaften bzw. Mädelschaften als private Vereine nicht Teil des Mandats der Kommission unter Brauneder sind. Angesichts des Anlassfalles – des antisemitischen Liederbuchtextes – ist dies aber ein Widerspruch in sich. Eine Miteinbeziehung der Burschenschaften etc. ist aufgrund der vielfältigen Querverbindungen unerlässlich.

Zweitens wurde bisher nicht offengelegt, was genau Forschungsgegenstand der Historikerkommission ist. Durch die wiederholten Fälle von Antisemitismus und NS-Referenzen in und im Umfeld der FPÖ muss der Fokus einer Historikerkommission auf den personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten in der FPÖ und seiner Vorläuferpartei, dem Verband der Unabhängigen (VdU), liegen.

Drittens ist völlig unklar, welche wissenschaftlich ausgewiesenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen neben Wilhelm Brauneder an dem Bericht, der ja bereits als Zwischenreport nach dem Sommer dieses Jahres vorliegen soll, mitwirken werden bzw. welche Archive und Quellen Teil der Untersuchung sind.

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen verweisen auf die vorbildhafte Vorgangsweise bei der Bestellung und Errichtung der Historikerkommission der Republik Österreich im April 1999. Dabei wurde von Beginn an die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit dieser Kommission garantiert. Gleichzeitig wurden ein umfassendes Mandat und ein klares Forschungsdesign festgeschrieben. Dem hohen wissenschaftlichen Anspruch entsprechend, wurde auch die Beteiligung internationaler Experten und Expertinnen sichergestellt.

Im Falle der FPÖ-Historikerkommission trifft all dies nicht zu. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung kann nie Diskretion für sich in Anspruch nehmen, sondern muss von Transparenz bestimmt sein. Daher kann derzeit auch nicht von einer Historikerkommission gesprochen werden, sondern höchstens von einer parteiinternen Arbeitsgruppe mit unbekanntem Mitgliedern, unter der Leitung eines Rechtshistorikers.

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen fordern daher:

- die umfassende Erforschung der Geschichte der FPÖ inklusive der parteinahen Studentenverbindungen mit dem Fokus auf personelle und ideologische Kontinuitäten vom Nationalsozialismus in die Zweite Republik;

- die öffentliche Nominierung wissenschaftlich ausgewiesener und unabhängiger internationaler und österreichischer Expertinnen und Experten;
- freien Zugang zu allen Quellen zur Geschichte der FPÖ sowie der parteinahen Burschenschaften und diversen Verbindungen zur wissenschaftlichen Überprüfung der vorgelegten Berichte;
- Open Access-Veröffentlichung der Zwischenberichte und des Endberichts jeweils unmittelbar nach Fertigstellung.

Wien, am 5. April 2018

Univ.-Ass. Mag. Linda Erker (Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien)

Univ.-Prof. Dr. Marcus Gräser (Vorstand des Instituts für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Johannes-Kepler-Universität Linz)

Univ.-Prof. Dr. Albert Lichtblau (Fachbereichsleiter Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg)

Univ.-Prof. Dr. Dieter Pohl (Institutsabteilungsleiter der Abteilung für Zeitgeschichte, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb (Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte, Universität Wien)

Priv.-Doz. Mag. Dr. Margit Reiter (Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien)

Univ.-Prof. Mag. Dr. Dirk Rupnow (Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Innsbruck, Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck)

Ao. Univ.-Prof. Dr. Karin M. Schmidlechner (Fachbereich Zeitgeschichte, Institut für Geschichte, Karl-Franzens-Universität Graz)